

Offener Brief zur möglichen Ansiedlung von Primark in Hamm

An den Oberbürgermeister der Stadt Hamm, Thomas Hunsteger-Petermann,
die Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Rat der Stadt Hamm,
die Wirtschaftsförderung der Stadt Hamm,
die Schuldezernentin der Stadt Hamm, Dr. Britta Obszerninks,
die Lokalredaktion des Westfälischen Anzeigers und Radio Welle Hamm

Hamm, 6. April 2017

Sehr geehrte Damen und Herren, vorab möchte ich Sie darüber in Kenntnis setzen, dass ich dieses Schreiben im Namen einer Projektgruppe des Philosophiekurses des Abiturjahrgangs am Beisenkamp-Gymnasium verfasste. Die Schüler des Kurses haben sich mit der Thematik „Weltarmut und globale Ungerechtigkeit“ auseinandergesetzt. Während unseres Arbeitsprozesses und unserer Recherche sind wir auf mehrere Zeitungsartikel gestoßen, welche die mögliche Eröffnung einer „Primark“-Filiale in Hamm thematisieren. Daraus geht hervor, dass der diskutierte Standort an der Bahnhofstraße zwar für „Primark“ nicht infrage komme, aber dass der

Markt aus der Sicht der Stadt grundsätzlich eine Aufwertung für Hamm darstelle. Das Thema hat uns Schüler dazu veranlasst, den Projektschwerpunkt auf die Textilindustrie zu legen und sich exemplarisch mit dem Unternehmen „Primark“ auseinanderzusetzen. Dabei haben wir das Unternehmen im Allgemeinen, sein Finanzmanagement und die Verkaufsstrategie näher beleuchtet.

Im Laufe unseres intensiven Arbeitsprozesses haben wir Fakten herausgearbeitet, die uns bei der Entwicklung eines eigenen Standpunktes bezüglich der Thematik geholfen haben. Herausstechend ist die Ungleichverteilung des Gewinns. Während „Primark“ im Jahre 2016 einen Umsatz von rund 5,7 Milliarden Euro erreichte, erhält jeder Mitarbeiter in der Produktion nur einen Monatslohn von 68 Euro. Gearbeitet wird mindestens 48 Stunden pro Woche. Die Arbeit ist hart und Überstunden werden nicht bezahlt, obwohl die Arbeitsaufträge umfangreich und unmöglich in der vorgegebenen Zeit zu bewältigen sind. Darüber hinaus arbeiten die Billiglöhner in den Fabriken, in denen sie die Ware herstellen, unter extrem gesundheitsgefährdenden Bedingungen – dies

vor allem wegen der Nutzung von Chemikalien.

Weitere nennenswerte Aspekte sind die weit verbreitete Kinderarbeit in den Herstellerländern ebenso wie die Diskriminierung von Frauen, die mit ungefähr 90 % die Mehrheit der Belegschaften in den Textilfabriken bilden. Sie müssen meist härtere Arbeiten als die männlichen Arbeiter verrichten, erhalten aber dennoch einen niedrigeren Lohn. Auch sexuelle Belästigungen und sogar Vergewaltigungen stehen an der Tagesordnung. Die Billiglöhner leiden vor allem an der menschenunwürdigen Behandlung.

Sicherlich lässt sich bezüglich der „Primark“-Frage auf den ersten Blick einwenden, dass die meisten Textilunternehmen unter den oben genannten Bedingungen produzieren und dass dies kein spezifisches „Primark“-Problem ist. Es stimmt, selbst renommierte Luxuslabels lassen ihre Mode in solchen Fabriken herstellen. Dennoch sorgt aus unserer Sicht gerade der Discounter „Primark“ mit seiner Marketingstrategie dafür, dass sich die Produktionsbedingungen in der Textilindustrie weiter verfestigen oder noch verschärfen. Denn der Erfolg des Unternehmens begründet sich auf dem Massenverkauf. Die Artikel werden hier in Europa extrem billig verkauft. Eine geringe Gewinnspanne zwingt das Unternehmen dazu, den Umsatz über die Masse zu machen. Und die „Primark“-Käufer in ganz Westeuropa besorgen sich neue Outfits zu Spottpreisen, um die Kleidungsstücke nach ein- oder zweimaligem Tragen wieder wegzwerfen. Die Nachfrage steigt, und deswegen geraten andere Textilunternehmen unter Zugzwang. Die Discounter sind auf dem Vormarsch. Und es sind Discounter wie „Primark“, die Wegwerfmode unter nicht hinnehmbaren Arbeitsbedingungen produzieren. In Anbetracht dessen lehnen wir die Eröffnung einer „Primark“-



Projektgruppe „Der Zusammenhang von Konsum und Weltarmut“ am Beisenkamp-Gymnasium
Foto: Beisenkamp-Gymnasium

Filiale nicht nur in Hamm, sondern auch überall sonst aus ethischen Gründen strikt ab. Wir sind der Meinung, dass nicht nur die Stadt Hamm, sondern auch andere Städte und Länder das Modell „Primark“ noch einmal kritisch prüfen sollten, bevor noch weitere Filialen eröffnet werden.

Mit freundlichen Grüßen
Insaf Lamrouji

im Namen der Projektgruppe „Der Zusammenhang von Konsum und Weltarmut“, erarbeitet am Beispiel des Textildiscounters „Primark“.

Mitglieder der Projektgruppe: Insaf Lamrouji, Christopher Scharnetzki, Cassandra Güneser, Ferhat Bülbül und Engin Yigit, Grundkurs Philosophie, Jahrgangsstufe 12 am Beisenkamp Gymnasium Hamm.

Als Unterstützer des Projekts:

Dr. Karl A. Faulenbach
FUgE-Vorsitzender

Marcos A. da Costa Melo
FUgE-Geschäftsführer und
Eine-Welt-Promotor
(Hamm-Hellweg-Region)

KiK und Textilbündnis – wie geht es weiter?

Horst Blume

In der letzten Ausgabe der FUgE-news berichteten wir über die gut besuchten Veranstaltungen mit den beiden Eltern, deren Kinder 2012 als Textilarbeiter/-innen bei dem großen Brand des KiK-Zulieferers Ali Enterprise in der pakistanischen Stadt Karachi ums Leben kamen.

Zahlreiche weitere Brände und Fabrikestürze in asiatischen Textilfabriken und die Ausbeutung der dort arbeitenden Menschen haben in Deutschland 2014 zur Gründung eines breiten „Textilbündnisses“ unter Beteiligung von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller geführt. Ziel dieses Bündnisses ist es, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen für die Menschen entlang der komplexen Lieferkette des Bekleidungssektors nachweislich zu verbessern. Hier geht es unter anderem um konkrete Arbeits- und Sozialstandards, aber auch um Gewerkschaftsfreiheit.

Nach zähen Verhandlungen sind 154 Firmen – darunter auch KiK und andere Großunternehmen der Bekleidungsbranche – dort Mitglied geworden. Ein wesentlicher Nachteil dieses Textilbündnisses ist es, dass die Unternehmen hier bestenfalls nur Selbstverpflichtungen eingehen. Bis Ende März 2017 legten die Firmen freiwillige Vorschläge vor, die dann geprüft und erst ab 2018 schrittweise umgesetzt werden sollen.

Was das vom Bundesentwicklungsministerium massiv bewor-

bene Bündnis praktisch bringt, steht allerdings in den Sternen. Kritiker/-innen werfen ihm vor, zur „Quasselbude“ eines saftlosen Ministers zu verkommen, das die Industrie nutzt, um nicht wirklich etwas zu verändern. Diese Initiative wäre demnach lediglich ein Schutz vor schlechter Presse für die Textil-Lobby. Und tatsächlich: wohltonende Selbstverpflichtungen reichen hier nicht aus; eindeutige Gesetze sind notwendig.

Inzwischen vergehen Jahre, ohne dass sich etwas zum Besseren wendet. In Bangladesch beispielsweise wurden im Dezember 2016 bei Massenstreiks der Textilarbeiter/-innen 34 mutmaßliche AnführerInnen festgenommen, 1600 Arbeiter/-innen entlassen und 50 Fabriken zeitweise geschlossen.

Von dem Gerede im „Textilbündnis“ ist bei den Menschen in Süd-asien bisher nichts an konkreten Verbesserungen angekommen. Auch deswegen haben im Frühjahr 2015 Überlebende der Brandkatastrophe bei Ali Enterprises die Verhandlungen mit KiK um Schadenersatz abgebrochen und mit Hilfe von Medico international und der Juristenorganisation ECCHR beim Landgericht Dortmund Klage eingereicht.

Unterstützung erhalten die Kläger/-innen ebenfalls durch Wissenschaftler/-innen, die durch die Auswertung einer Vielzahl von Datenspuren und Handyaufnahmen den Tathergang beim Fabrikbrand rekonstruiert und mit ihren Video-



Saesda und Abdul Aziz verloren ihre Söhne bei dem Brand.

Foto: Claudia Kasten

analysen, Raummodellen und Simulationen von Abläufen (Forensic Architecture) den Zeugenaussagen mehr Gewicht gibt.

Prozess in Dortmund im Herbst!

Im Herbst 2017 wird das Urteil im KiK-Prozess beim Landgericht in Dortmund erwartet. Dieser Termin bietet weitere Anknüpfungspunkte, regional aktiv zu werden und Öffentlichkeit herzustellen. Unterdessen hat die pakistanische Gewerkschaft NTUF in Karachi einen eigenen Versammlungsraum, um ihre Arbeit für die Rechte der Arbeitnehmer/-innen vor Ort intensivieren zu können. Und schließlich will sie den landlosen Arbeiter/-innen eine Stimme verleihen, die auf den riesigen Baumwollfeldern im Landesinneren von der feudalen Allmacht der Großgrundbesitzer/-innen abhängen. Es gibt also dort wie hier noch viel zu tun.